

Einbringung des Kreishaushalts 2007 am 8.12.2006

Landrat Dr. Olaf Gericke

Entlasten – Vorsorgen – Zukunft gestalten

so möchte ich mit drei Schlagworten den Kreishaushalt 2007 charakterisieren.

Denn der Haushalt des Kreises bringt im kommenden Jahr

- eine spürbare Entlastung für die gemeindlichen Kassen
- er sorgt vor indem erstmals seit Jahren wieder Schulden abgebaut werden können
- und er packt Zukunftsthemen wie die Auswirkungen der demographischen Entwicklung offensiv an!

Meine Damen und Herren,

Der Dinosaurier Kameralistik geht! Für das Jahr 2007 kann ich Ihnen erstmals einen Kreishaushalt nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements präsentieren.

Kameralistik gibt es seit Anfang des 18. Jahrhunderts - 1727 wurde erstmals ein Lehrstuhl für Kameralistik eingerichtet, damit sich die Staatsdiener damit vertraut machen konnten.

Auch für die Haushalte der Kreise galt von Anfang an das kamerale Rechnungswesen. Wir haben einmal in unserem im Kreisarchiv geforscht nach einem „Haushaltssaurus Rex“ und dabei ein Exemplar aus dem Jahr 1914 gefunden. Er stammt aus dem Kreis Beckum! Sie sehen: Damals gab es noch Kreissteuern als Haupteinnahme – und die betragen seinerzeit ganze 133.000 Mark. Der Haushalt war noch sehr überschaubar – heute ist das alles viel komplizierter und wir müssen mit wesentlich höheren Summen umgehen.

Der neue NKF-Haushalt geht weg von der Kleinteiligkeit der Haushaltsstellen hin zu steuerungsrelevanten Ergebniszahlen, die sich auf die Leistungen des Kreises beziehen. Die uns bislang vertrauten rund 1200 Haushaltsstellen, die im

Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und in den Einzelplänen die Einnahmen und Ausgaben des Kreises darstellten, wird es künftig nicht mehr geben.

Stattdessen wird es 99 sogenannte „Produkte“ geben, in denen die Erträge und der Aufwand dargestellt sind, mit dem zum Beispiel das Produkt „Kfz-Zulassungen“ oder „Schuldnerberatung“ erstellt wird. Durch die Beschreibung der Produkte gewinnt man einen besseren Überblick über die Aufgaben des Kreises und die gut herausgestellten Schwerpunkte des Haushaltes, und dies demnächst auch über die Vermögenslage. Sie sehen es auch an der Grafik, wo die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen.

Künftig wird es uns so möglich sein, die Frage zu beantworten: " Welche Leistungen produzieren wir mit welchem Aufwand?" Für den Kreistag ergeben sich daraus andere politische Steuerungsmöglichkeiten. "Wie können wir das eine oder andere Ergebnis verbessern? Wo wollen wir Schwerpunkte setzen? – Für die Entscheidung dieser und ähnlicher Fragen werden wir künftig durch das NKF Informationen erhalten, die bislang so nicht verfügbar waren.

Die Vorbereitungsarbeiten für die neue zentrale doppische Finanzbuchhaltung befinden sich zurzeit in der Endphase. Alle Beteiligten bemühen sich, den Übergang so reibungslos wie möglich zu bewerkstelligen. Es wird sicherlich einiges an Belastungen geben durch die Umstellung – von uns allen verlangt das NKF ein Umdenken.

Am 15. Dezember wird es - wie sie wissen - auf Haus Nottbeck eine Schulungsveranstaltung geben, zu der ich Sie heute nochmals herzlich einladen möchte. Dort werden Sie den neuen Haushalt lesen lernen!

Die Zahlen des Haushaltes

Trotz der neuen Begriffe und der neuen Systematik wird es im Haushalt 2007 aber weiterhin um das gleiche Geld gehen, das der Kreis braucht, um seine Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Der Umlagehaushalt des Kreises hat nur begrenzte Möglichkeiten, eigene Finanzierungsquellen auszuschöpfen, z.B. im Rahmen der Gebühren, die aber mit 13,8 Mio. € im Haushaltsentwurf 2007 nur 7% des Ergebnisplans ausmachen.

Sie sehen es an den Diagrammen:

Wesentlich bestimmt wird der Kreishaushalt **auf der Ertragsseite** durch

- die Kreisumlage (51 %) und
- die Zuwendungen des Landes (20 %)

und **bei den Aufwendungen**

- durch die zu zahlende Landschaftsumlage (22 %).

Die Berechnung der **Kreisumlage** stützt sich im wesentlichen auf die Steuerkraft der Städte und Gemeinden. Und die hat sich in der Referenzperiode für das GFG 2007 weiter positiv entwickelt. Von Mitte 2005 bis Mitte 2006 ist die Steuerkraft bei uns um 9,3 % angestiegen. Bis auf Ennigerloh verzeichnen alle Städte und Gemeinden mehr oder weniger deutliche Zuwächse. Besonders positiv ist die Entwicklung in Sassenberg, Beelen, Telgte und Sendenhorst.

Danken möchte ich an dieser Stelle den vielen innovativen Unternehmern aus Industrie, Handwerk und Handel, die gemeinsam mit ihren Mitarbeitern zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Gestiegen ist auch die vom Land im Rahmen des Finanzausgleichs zur Verfügung gestellte Verbundmasse. Wir erwarten eine Steigerung der **Schlüsselzuweisungen** um etwa 13 % auf 23,5 Millionen Euro.

Bei der **Landschaftsverbandsumlage** gehen wir von einer Senkung des Hebesatzes um 0,9 % Punkte auf 15,6 % aus – das ist nun 0,2 % Punkte mehr,

als noch im Eckdatenpapier vorgesehen und 0,1% Punkte mehr als im Etatentwurf veranschlagt.

Da sich diese weitere notwendige Senkung um 0,1 % erst in dieser Woche herausgestellt hat, konnten wir die aktuellen Zahlen in den Entwurf nicht mehr einbringen, weil dieser schon in Druck war. Das wird natürlich nachgeholt.

Dennoch: trotz der Senkung des Hebesatzes beträgt die Mehrbelastung bei der LWL-Umlage für uns rund 2 Millionen Euro gegenüber diesem Jahr.

Meine Damen und Herren,

wir haben - wie bereits erwähnt - einen Anstieg der Steuerkraft der Städte und Gemeinden um 9,3% erlebt. Bei den höheren Umlagegrundlagen profitieren wir über einen „Mitnahmeeffekt“.

Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen - und um das für dieses Jahr prognostizierte Defizit im Umfang von 750.000 Euro zu decken - benötigen wir im nächsten Jahr 78,0 Millionen Euro an Allgemeiner Kreisumlage.

Das bedeutet: Der Hebesatz kann um 1,6 % auf 31,0% gesenkt werden.

Damit komme ich weitestgehend auch den Wünschen der Bürgermeister nach, die in ihrer Stellungnahme zum Eckdatenpapier eine Senkung des Hebesatzes um 2 % gefordert haben.

Dieser Hebesatz macht deutlich, dass der Kreis seine Verantwortung gegenüber seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden sehr ernst nimmt und keine Kommune überfordert wird.

Von der Verkehrsgesellschaft RVM wissen wir, dass die Verlustabdeckung für das laufende Jahr wesentlich geringer ausfallen wird, als geplant. Für unseren Haushalt ist sie mit mehr als einer Million Euro veranschlagt worden. Dies ist für uns eine gute Nachricht da wir damit im kommenden Jahr eine höhere Liquidität zu erwarten haben. Die eröffnet Ihnen als Kreistagsfraktionen mehr Gestaltungsspielräume bei den Haushaltsplanberatungen.

Der Bedarf an Jugendamtsumlage liegt bei rund 22,3 Mio Euro. Auch hier ist eine Senkung des Hebesatzes um 0,4 % Punkte auf 16,1% möglich.

SGB II - Leistungen weiter gestiegen

Natürlich ist diese Senkung der allgemeinen Kreisumlage nur möglich, wenn auch weiterhin die Kosten für Unterkunft, Heizung und einmalige Leistungen, die der Kreis gem. § 6 Abs. 2 SGB II zu tragen hat, nicht darüber abgewickelt werden.

Dieses Verfahren hat das Innenministerium in der Vergangenheit weder bei uns beanstandet noch bei den zahlreichen anderen Kreisen, die es praktizieren. Über die komplexe Rechtsfrage, ob dies auch in Zukunft möglich ist, wird seit längerem auf verschiedenen Gesprächsebenen diskutiert und gestritten. Noch vor kurzem berichtete der Landkreistag aus Gesprächen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dass die Kreise über eine Satzung sowohl die Verrechnung des Aufwandes außerhalb der Kreisumlage vornehmen dürfen als auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit einem bestimmten Anteil an den Aufwendungen direkt beteiligt werden können. Beides habe ich bereits in den vergangenen Wochen mit den Bürgermeistern diskutiert.

Nun kommen Stimmen aus den zuständigen Ministerialverwaltungen, die dies für die Zukunft untersagen. Nachvollziehbar ist die Argumentation für mich nicht, die der Landkreistag uns - mit Bedauern - Mitte dieser Woche mitteilen musste. Danach wollen uns das MAGS und das Innenministerium verbieten, den SGB II-Aufwand in Höhe von rd. 23,3 Mio. € außerhalb der Kreisumlage abzurechnen, so wie es sich in den vergangenen zwei Jahren bewährt hat und von allen Bürgermeistern im Kreis gewünscht wird. Auch eine anteilige direkte Beteiligung der Städte und Gemeinden am Aufwand vor Ort ist danach nicht zulässig für ARGE-Kommunen.

Eine anteilige direkte Kostenbeteiligung der Gemeinden wird nur noch dann für zulässig angesehen, wenn den Städten und Gemeinden im Rahmen der „Heranziehung“ die tatsächliche Durchführung der Aufgaben übertragen wurden. Dies ist in den bisherigen ARGE-Kreisen praktisch nicht der Fall – die Bereitstellung von Personal und Räumlichkeiten für die ARGE stellt hiernach keine „Heranziehung“ durch die Kreise dar.

Der Landkreistag fasst das Ergebnis seines jüngsten Gespräches mit Mitarbeitern des Arbeits- und des Innenministeriums wie folgt zusammen: "Aus Sicht der Geschäftsstelle bleibt somit derzeit nur die Empfehlung, sämtliche SGB II-Kosten unter Inkaufnahme einer Erhöhung der Kreisumlagehebesätze in den allgemeinen Kreishaushalt zu überführen."

Das ändert zwar überhaupt nichts an den enormen Belastungen aus den kommunalen Leistungen für Arbeitslosengeld II-Empfänger, es würde aber eine Verrechnungspraxis verbieten, die wir uns als Kommunen wünschen. Das letzte Wort hat sicherlich Herr Minister Laumann, mit dem ich dieses überraschende Problem besprechen werde.

Eines möchte ich deutlich machen: Auch in diesem Fall führt das unter dem Strich nicht zu einer Mehrbelastung für unsere Kommunen sondern nur zu einer anderen Form der Abrechnung. Egal wie dann der Hebesatz der Kreisumlage aussehen würde: auf jeden Fall bleibt es im kommenden Jahr bei einer deutlichen Entlastung für die Gemeindehaushalte.

Die Ausgaben für die SGB II Leistungen sind in diesem Jahr um fast 5 Mio. € gestiegen.

Gesetzgeberische Korrekturen und eine leichte Erholung auf dem Arbeitsmarkt haben zwar eine Senkung der Bedarfsgemeinschaften von 10.034 im Juni 2006 auf 8.912 im November 2006 gebracht – sie sehen es an der Grafik. Die Kosten liegen aber seit Juni 2006 mit geringen Schwankungen unverändert im Schnitt bei knapp 2,7 Mio. € im Monat.

Denn die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist zwar gesunken - gestiegen ist jedoch die Zahl der Hilfeempfänger! Im Januar waren es 19.107 Hilfeempfänger bei 9.297 Bedarfsgemeinschaften - aktuell liegt die Zahl der Hilfeempfänger bei 19.159 in 8.912 Bedarfsgemeinschaften.

Für 2007 erwartet die ARGE keine weitere Ausgabensteigerung!

Sozialausgaben stark gestiegen

Einen besonderen Schwerpunkt des Kreishaushaltes bildet auch im kommenden Jahr der übrige sozialen Bereich – auch dort steigen die Belastungen kontinuierlich an. Durch die Einführung des Sozialgesetzbuches II hat sich daran nichts geändert.

Bei der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, der Hilfe zur Gesundheit, dem Pflegewohngeld, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegen die Ausgaben um rund 2,75 Millionen Euro über den Ansätzen des laufenden Jahres.

Ursache sind insbesondere die steigenden Fallzahlen im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege und dem Anstieg der Kostensätze in stationären Einrichtungen. Auch die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe benötigen, wächst kontinuierlich.

Unsere Aufgabe für die Zukunft wird es sein, mit begrenzten Mitteln immer mehr behinderte, alte und pflegebedürftige Menschen zu unterstützen. Das erfordert neue Lösungsansätze, fachliche Weiterentwicklungen und adäquate Versorgungs- und Betreuungsalternativen, ohne die Qualität zu schmälern.

Demographiebericht wird im Frühjahr vorgestellt

Sie sehen es an den steigenden Fallzahlen und Ausgaben im sozialen Bereich: die Auswirkungen des demographischen Wandels sind auch bei uns schon spürbar.

Eine Arbeitsgruppe der Verwaltung beschäftigt sich seit Monaten bereits intensiv mit diesem Thema. Wir werden Ihnen im Frühjahr das Ergebnis in Form eines Demographieberichts vorstellen.

Sie sehen es an der Grafik: wir werden nicht nur weniger im Kreis – wir werden auch immer älter. Bis zum Jahr 2035 wird die Einwohnerzahl im Kreis von jetzt 284.000 auf 266.000 sinken.

Gleichzeitig sinkt auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen – steigen wird die Zahl der älteren Menschen. Zurzeit zählen wir rund 60.000 Kinder und Jugendliche – die Zahl der über 65jährigen Mitbürger liegt bei rund 50.000. Dieses Verhältnis der beiden Altersgruppen wird sich deutlich verschieben: schon in weniger als 10 Jahren werden wir genau so viele Senioren zählen wie Jugendliche. Für das Jahr 2035 wird prognostiziert, dass wir bereits 78.000 Senioren und nur noch 47.000 Kinder und Jugendliche haben werden.

Mit diesen Prognosen gehört der Kreis Warendorf immer noch zu den Regionen in Nordrhein-Westfalen, die auch in den nächsten Jahren noch eine vergleichsweise günstige Bevölkerungsentwicklung aufweisen.

Der demographische Wandel wird vielfältige Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeit, Infrastruktur und Verkehr, Städtebau und Wohnen, Finanzen und auch auf die Familien zur Folge haben.

Sicher ist: die wachsende Zahl der älteren Menschen wird eine der größten Herausforderungen für den Kreis, für unsere gesamte Gesellschaft sein.

Aber ich sehe darin auch Chancen. In Zukunft werden neue Güter und Dienstleistungsangebote für die älter werdende Bevölkerung nachgefragt. Unternehmen müssen sich hier neu orientieren und neue Angebote und Dienstleistungen schaffen.

Vor allem wird aber der veränderte Altersaufbau dazu führen, dass wir eine entsprechende Versorgung für hilfe- und pflegebedürftige Menschen vorhalten müssen.

Wie sich aus der Entwicklung der Sozialhilfe bereits erkennen lässt, werden wir mit einem Anwachsen der Kosten vor allem im Bereich der stationären Hilfe zu rechnen haben.

Wir sind bereits dabei, uns auf diese Entwicklung einzustellen. Viele ältere Menschen wünschen sich nach wie vor den Verbleib in den eigenen vier Wänden. Oft ist dies aber nach einem Krankenhausaufenthalt oder nach einer anschließenden Reha-Maßnahme nicht mehr möglich, weil die Organisation der Pflege in der eigenen Wohnung die Familien überfordert.

An dieser Stelle müssten wir ansetzen. Wir werden deshalb im kommenden Jahr ein Fallmanagement einführen, das dabei hilft, in solchen Fällen die Hilfs- und Pflegeangebote zusammen mit der Familie zu steuern und zu koordinieren.

Dennoch wird es weiterhin zu einem Anstieg an stationären Pflegeplätzen im Kreis Warendorf kommen, in diesem Jahr sind allein 200 neue Plätze hinzugekommen. Mein Ziel ist es, dass diese Kurve nicht steil nach oben ragt sondern sich flach und bedarfsgerecht weiter entwickelt. Wir möchten unseren gesetzlichen Auftrag „ambulant vor stationär“ damit umsetzen.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist auch die Rücknahme der Delegation der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen zum Kreis Warendorf, denn wir haben keine Möglichkeiten mehr, über eine strukturelle Planung das Angebot an Pflegeplätzen zu steuern.

Unsere Mittel liegen darin, im Einzelfall – wie gerade beim Fallmanagement beschrieben – die Hilfe zu steuern. Dazu ist es erforderlich, dass wir eine Clearingstelle bei uns im Kreis einrichten, an der gebündelt an einer Stelle Fallsteuerung und Sachbearbeitung zusammengeführt werden, damit eine möglichst wirkungsvolle Hilfestellung sicher gestellt werden kann.

Neue Schwerpunkte bei der Kinder- und Jugendhilfe

Wir kümmern uns aber nicht nur um unsere älteren Mitbürger – gerade auch mit Blick auf die demographische Entwicklung ist es unser vorrangiges Ziel, Kinder, Jugendliche und Familien zu unterstützen und zu fördern.

Erwerbstätigkeit und Familienbetreuung unter einen Hut zu bringen ist immer noch für viele Familien ein großes Problem oder auch der Grund, kinderlos zu bleiben. Wir werden auch weiterhin die Betreuung für die unter Dreijährigen in Einrichtungen sowie in Formen der Tagespflege und der Spielgruppen ausbauen.

Die Offene Ganztagschule wird darüber hinaus für die Schulkindebetreuung ein wichtiges Angebot darstellen. Hier wird die Jugendhilfe in enger Kooperation mit den Trägern der Offenen Ganztagschulen entsprechende Maßnahmen und Programme zur Unterstützung und Begleitung weiterentwickeln müssen.

Ein wichtiges Ziel ist für uns im kommenden Jahr der Aufbau eines Sozialen Frühwarnsystems. Einen „Fall Kevin“ darf es niemals und nirgendwo mehr geben. Darum geht es uns bei dem Frühwarnsystem: wir wollen Missstände in den Familien ganz früh wahrnehmen, sie erkennen und dann handeln.

Alle sind aufgefordert, in diesem Frühwarnsystem mitzuarbeiten: Schulen, Ärzte, Kinderärzte, Beratungsstellen, Soziale Dienste u.s.w..

Ausbauen wollen wir als Träger der Jugendhilfe auch die Kooperation mit den Schulen. Insbesondere die jüngsten Ereignisse in Emsdetten haben deutlich vor Augen geführt, dass die Schulen, neben ihrem Bildungsauftrag, in vielfältiger Weise auch Ort erzieherischer Hilfen und Begleitungen sind. Aus Sicht der Jugendhilfe ist in enger Kooperation mit den Schulen nach weiteren Möglichkeiten zu suchen – auch im Sinne von Schulsozialarbeit – Kinder und Jugendliche in Konflikt- und Krisenlagen besser erreichen zu können.

Der Kreis Warendorf wird im Jahr 2007 die Jugendhilfeplanung im Bereich der verbandlichen und offenen Jugendarbeit fortschreiben. Das Planungsverfahren findet in enger Abstimmung mit den Trägern der freien Jugendhilfe statt.

Der Kreis Warendorf wird in Zukunft darüber hinaus weiterhin Wert darauf legen, dass Eltern bei der Umsetzung ihres Erziehungsauftrages und der Stärkung ihrer erzieherischen Verantwortung Unterstützung bekommen. Hierzu hat sich insbesondere das Instrument des Elterntrainings in den zurückliegenden zwei Jahren sehr gut bewährt. Angestrebt wird deshalb, Eltern weiterhin den Zugang zu einem entsprechenden Elterntaining zu ermöglichen.

Die nun bereits im zweiten Jahr praktizierte Vergabe von Familiengutscheinen wird diese Praxis weiter gut unterstützen können und sorgt dafür, dass insbesondere auch Familien die Angebote der Familienförderung entsprechend nutzen können.

Offene Ganztagschule an der Astrid-Lindgren-Schule

Im Kreis Warendorf sind bereits 26 Grundschulen offene Ganztagschulen!

Schon im Familienbericht für den Kreis Warendorf wurde im Bereich der „Bedarfsgerechten Ganztagsbetreuung in Schulen“ ein dringender Handlungsbedarf festgestellt. Diesen Bedarf will der Kreis als Schulträger zumindest an einer seiner Schulen der Primarstufe nämlich an der Astrid-Lindgren-Schule ab dem kommenden Schuljahr decken. Die Schulkonferenz der Astrid-Lindgren-Schule hat sich bereits einstimmig für die Einrichtung der offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Aufgrund einer ersten inoffiziellen Abfrage bei den Eltern der Schülerinnen und Schüler der Astrid-Lindgren-Schule ist davon auszugehen, dass für den Anfang eine Gruppe mit vorerst ca. 12 Kindern eingerichtet wird.

Da die Schülerinnen und Schüler der Astrid-Lindgren-Schule aus dem gesamten Kreisgebiet kommen, hängt das Interesse der Eltern jedoch eindeutig von der Bereitschaft des Schulträgers ab, die Schülerfahrtkosten zu übernehmen. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Leistung, da die offene Ganztagschule ein außerunterrichtliches Angebot ist.

Der Großteil der Kosten für den Betrieb der offenen Ganztagschule als auch für die notwendigen kleineren Baumaßnahmen am Schulgebäude und die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen wird aus Landes- und Bundesmitteln gedeckt. Dazu wird von den Eltern der teilnehmenden Kinder ein sozial gestaffelter Finanzierungsbeitrag von maximal 150,- € pro Monat erhoben.

Einschließlich der Kosten der Schülerbeförderung wird der Kreis Warendorf jedoch ca. 35.000,- bis 40.000 € für das Schuljahr 2007/2008 selbst tragen. Angesichts der zu erwartenden positiven Effekte auf die persönliche Entwicklung der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und deren familiäre Situation halte ich diese Mehrausgabe jedoch für ohne weiteres vertretbar und sehe sie als Investition in die Zukunft.

Mehr Stellen – Personalaufwand bleibt stabil

Die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes hat uns gerade vor einigen Wochen nach umfassender Prüfung eine grundsätzliche Personalwirtschaft bestätigt:

- wir haben eine niedrige Personalquote,
- unterdurchschnittliche Personalausgaben je Einwohner
- und kaum noch Möglichkeiten zu weiteren Stellenreduzierungen.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat uns für diese erfolgreiche Personalpolitik mit einer "grünen Ampel" ausgezeichnet. Das freut mich sehr. Diese Bewertung bekräftigt, dass wir den langfristig angelegten Kurs beibehalten müssen.

Leider sind wir hier im Kreis nicht alleiniger "Herr des Verfahrens". Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über die Anerkennung von Bereitschaftszeiten eines spanischen Arztes als Arbeitszeit hat in Deutschland nach heftigen Diskussionen zu geänderten Arbeitszeitregelungen geführt, die sich belastend auf unseren Haushalt auswirken.

Wir werden zunächst fünf zusätzliche Stellen für Rettungsassistenten in unseren Rettungswachen und Disponenten in unserer Rettungsleitstelle einrichten müssen. Ob dies ausreicht, muss die Praxis zeigen.

Vor allem aus diesem Grund wird der Stellenplan 2007 von 611 auf 618 Stellen ansteigen. Gleichwohl will ich versuchen, den reinen Personalaufwand des nächsten Jahres unter den Ansätzen des Jahres 2006 zu halten.

Dieser reine Personalaufwand wird im nächsten Jahr mit 34,0 Mio. € veranschlagt sein. Offen ist hierbei allerdings noch, wie sich die Schlachthof-Landschaft im Kreis entwickeln wird und mit welchem Personaleinsatz und Personalaufwand wir die Fleischhygiene auf den Schlachthöfen wahrnehmen werden.

Unabhängig hiervon wird das Personalbudget durch die Umstellung des Haushaltes auf eine kaufmännische Betrachtung erheblich belastet. Renommierete Experten haben uns im Auftrag der Westfälischen Versorgungskasse mit komplexen finanzmathematischen Modellen errechnet, in welcher Höhe wir Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen in die Eröffnungsbilanz einstellen müssen. Die Summe dieser bisher unberücksichtigten Zukunftsbelastung liegt bei etwa 78 Mio. € für die Beamten und Pensionäre der Kreisverwaltung. Mit dieser Größenordnung bewegen wir uns im interkommunalen Vergleich noch im unteren Bereich. Der Rückstellungsbetrag muss nach ersten Schätzungen im nächsten Jahr um rd. 1,6 Mio. € aufgestockt werden, um die neu anstehenden Verpflichtungen nachhaltig tragen zu können.

Diese enormen Belastungen, die wir nun endlich kennen, betonen noch einmal in aller Deutlichkeit, wie wichtig unsere praktizierte Sparsamkeit gerade bei der Zahl des Personals war, ist und weiterhin sein wird. Ich bin mir bewusst, dass wir uns gemeinsam in einem schwierigen Spannungsfeld befinden zwischen einer Ausweitung unseres Services für die Bürger und die Unternehmen einerseits und der Beherrschung insbesondere der Personalkosten andererseits.

Trotz der finanziellen Belastung will ich bei den Anstrengungen des Kreises nicht nachlassen, sowohl die Zahl der Ausbildungsplätze als auch die Qualität der Ausbildung auf einem hohen Niveau zu halten. Wie schon in diesem Jahr werden auch im nächsten Jahr 20 junge Menschen eine hochwertige Ausbildung beim Kreis Warendorf antreten können. Insgesamt bilden wir heute 50 junge Menschen in 7 Ausbildungsberufen aus. Hinzu kommen je drei Rettungsassistenten und Sozialarbeiter im Anerkennungsjahr.

Die Betreuung unserer Auszubildenden ist intensiv, und sie wird weithin anerkannt. Das zeigen mir beispielsweise meine Gespräche mit der Jugendauszubildendenvertretung hier im Haus. Um so wichtiger ist es in diesen finanziell schwierigen Zeiten, alles daran zu setzen, möglichst viele Auszubildende nach erfolgreichem Abschluss hier in der Verwaltung weiter zu beschäftigen - was ich allerdings leider nicht garantieren kann - oder sie bei Bewerbungen zu unterstützen. Unsere hohe Ausbildungsquote wird übrigens auch von der Gemeindeprüfungsanstalt lobend hervorgehoben.

Wirtschaftsförderung „GROSSGESCHRIEBEN“

In Anbetracht der demographischen Entwicklung und der zu erwartenden Kostensteigerungen im sozialen Bereich ist es unerlässlich, die Wirtschaft im Kreis nach Kräften zu unterstützen.

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist die beste Sozialpolitik!

Auch künftig baue ich auf eine erfolgreiche Arbeit der gfw – sie ist ein unverzichtbarer Partner der heimischen Unternehmen. Aber keiner ist so gut, dass er nicht noch besser werden kann. Mein Ziel ist es u.a., die Arbeit der gfw transparenter zu machen.

Auch die vom Kreis im kommenden Jahr geplanten Investitionen in Höhe von rund 5,4 Millionen Euro stellen einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsförderung dar.

In unser Kreisstraßen- und Radwegenetz wollen wir 3 Millionen Euro investieren – eine größere Baumaßnahme wird dabei der Ausbau der Kreisstraße 2 zwischen Beelen und Ostenfelde sein. Die Straße wird einen halben Meter breiter und bekommt eine neue Decke. Ein erstes Teilstück ist schon fertig.

Ganz besonders freue ich mich natürlich auch auf den neuen Radweg auf der alten Zechenbahntrasse in Ahlen, den wir bis zum Sommer fertig gestellt haben werden.

Einen positiven Impuls für die Wirtschaft erhoffe ich mir auch von der geplanten Fusion der Aktion Münsterland mit der Münsterland Touristik. Diese beiden Bereiche - Regionenmarketing und Tourismus - gehören zusammen!

Wir haben in den letzten Wochen daran gearbeitet, noch stärker als bisher auf die Anforderungen und Wünsche der Wirtschaft einzugehen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen.

Gemeinsam mit den 13 Städten und Gemeinden im Kreis haben wir 11 Servicezusagen formuliert, die unsere Verwaltungen verpflichten und den Unternehmen helfen.

So werden wir beispielsweise bei Anträgen und Anfragen spätestens nach sieben Tagen Ansprechpartner benennen und erste Informationen zum Verfahren geben, innerhalb von fünf Arbeitstagen auf Wunsch Besprechungen mit Unternehmern durchführen, auf Anrufe und E-Mails innerhalb eines Tages antworten, innerhalb von 15 Tagen Rechnungen bezahlen oder bei vollständigen Bauanträgen innerhalb von 30 Arbeitstagen über gewerbliche Bauvorhaben im Innenbereich entscheiden.

Klare Regelungen und kurze Entscheidungswege sollen den Unternehmen die für ihre eigenen Entscheidungen notwendige Verlässlichkeit geben. Der Katalog der Servicezusagen wird schon bislang in vielen Teilen gelebt.

Das Foto zeigt den Spatenstich für eine neue Produktionshalle bei der Firma Scheffer in Sassenberg. Die Baugenehmigung wurde in nur 7 Wochen erteilt, was vom Unternehmer ausdrücklich gelobt wurde.

Mit den Bürgermeistern und Vertretern der Wirtschaft werde ich diese Servicezusagen für die Wirtschaftsunternehmen in Kürze öffentlich präsentieren.

Schulden abbauen

Meine Damen und Herren,

in diesen Tagen hat der Bund erstmals seit Jahren wieder stolz verkünden können, dass Deutschland die s.g. Maastricht-Kriterien einhalten kann. Danach darf die jährliche Nettoneuverschuldung nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Auch im Land Nordrhein-Westfalen steuert man für 2009 wieder einen verfassungskonformen Haushalt an bei dem nicht mehr Schulden gemacht werden als investiert wird.

Wir haben in den letzten fünf Jahren unsere langfristigen Schulden um gut 5 Millionen Euro erhöhen müssen. Eigentlich investiv zu verwendende Rücklagemittel sind genutzt worden, die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden niedrig zu halten.

Im kommenden Jahr wollen wir nach dieser Durststrecke erstmals wieder das Schuldenniveau maßvoll – und zwar um eine Million Euro – senken.

Auch 10 Städte und Gemeinden im Kreis haben im letzten Jahr bereits ihre Schulden abgebaut – das ist der richtige Weg und ein deutlicher Beitrag zur Generationengerechtigkeit, an dem wir uns gern beteiligen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Warendorfer Kreishaus – sie sehen übrigens ein Foto, das wir in der letzten Woche bei einer Evakuierungsübung vor dem Kreishaus aufgenommen haben – werden wir auch im kommenden Jahr mit großem Engagement für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

Auf zwei „Highlights“ des Jahres 2007 möchte ich sie schon jetzt hinweisen.

Am Sonntag, dem 22.April, wird es einen großen „Tag der Gesundheit“ geben. Wir setzen damit die Reihe der Aktionstage fort – zuletzt fand 2005 ein „Tag der Sicherheit“ statt. Präsentieren möchten wir an diesem Tag Interessantes rund um das Thema „Gesundheit“. Unser Gesundheitsamt ist schon fleißig dabei, auch in Zusammenarbeit mit z.B. Hilfsorganisationen und Krankenkassen ein attraktives Programm zu erstellen. Beim Tag der Sicherheit wurde der Landrat mit einer Drehleiter vom Kreishausdach geholt – ich bin schon gespannt, was Dr. Schulze Kalthoff mit mir vorhat.....

Auf jeden Fall muss ich eine Woche später wieder fit sein. Denn am 29.April wird unser neuer Werseradweg seiner Bestimmung übergeben. Der Radweg verbindet Ems und Lippe. Er soll von der Stadt Hamm über die Lippe und die aufgelassene Zechenbahn nach Ahlen und dann entlang der Werse auf den vorhandenen Werseweg bis nach Münster-Gelmer geführt werden. In östlicher Richtung ist die Verbindung über Beckum nach Oelde und Rheda-Wiedenbrück geplant. Der Weg verbindet so auch die drei erfolgreichen Landesgartenschauenparks in Oelde, Rheda-Wiedenbrück und Hamm. Sowohl in Münster als auch in Rheda-Wiedenbrück erfolgt eine Vernetzung mit dem EmsAuenWeg. Wir werden dann auch einen richtigen Rundradweg durchs gesamte Kreisgebiet haben!

Ein kleines Kreisjubiläum haben wir übrigens im Juni - das wollen wir aber nicht groß feiern. Dann nämlich ist das Kreishaus in Warendorf 25 Jahre in Betrieb.

Sie sehen Bilder vom Umzug, der im Juni 1982 stattfand. Auch wenn das Haus schon ein viertel Jahrhundert alt ist: es erfüllt nach wie vor seinen Zweck als Dienstleistungszentrum in wirklich guter Weise. Schließlich haben wir ständig investiert, um es fit zu halten. Wir werden uns im kommenden Jahr zum 25. Geburtstag übrigens ein neues Besucherleitsystem leisten – damit die Dienststellen noch schneller und besser gefunden werden können und jeder einen Durchblick hat.

Ich wünsche Ihnen allen guten Durchblick beim neuen Haushalt 2007 und gute Beratungen in den nächsten Wochen.

Diese Beratungen finden statt vor dem Hintergrund endlich wieder besserer Konjunkturdaten. Die Arbeitslosenzahlen sinken – die Steuereinnahmen steigen! Nach einer langen Durststrecke geht es in Deutschland wieder aufwärts. Und – was aus meiner Sicht genau so wichtig ist : wir schauen wieder mit Zuversicht in die Zukunft. Miesepeter sind out – Optimisten sind in!

Ganz sicher hat auch Klinsi`s Sommermärchen uns dabei geholfen. Was die Jungs uns vorgelebt haben, sollten wir alle beherzigen. Alles ist möglich – wenn man nur positiv die Dinge angeht! In diesem Sinne gehe ich mit viel Optimismus und Zuversicht in das neue Jahr.

Dankeschön an Kreiskämmerer Dr. Funke und seine Mitarbeiter für den ersten NKF-Haushalt 2007!